

Wolfgang Kophamel

Spanien - Nordafrika: Nationales Interesse  
und Sicherheitspolitik im Widerstreit

AP 30 (M&P) Juli 1988

Die "Arbeitspapiere" stellen keine Äußerung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung GmbH oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel Mitarbeiter von im Berliner Projektverbund geförderten Projekten sind.

C bei den Autoren

Berghof-Stiftung für Konfliktforschung  
Altensteinstr.48a  
D-1000 Berlin (West) 33

Tel.: (030) 831 80 99 und 831 80 90

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Entwicklungen Tunesien - Algerien - Marokko.....	1
2. Die Diskussion um die spanische Präsenz in Nordafrika.....	9
3. Spanische NATO-Mitgliedschaft und Sicherheitspolitik in Nordafrika: Stabilität und 'Out Of Area' .....	15
4. Ausblick.....	22

## SPANIEN - NORDAFRIKA: NATIONALES INTERESSE UND SICHERHEITSPOLITIK IM WIDERSTREIT

Seit Spanien seine NATO-Mitgliedschaft durch das Referendum (1986) auf eine breitere und politisch abgesichertere Basis gestellt hat, richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Rolle des jüngsten NATO-Mitgliedes im Bündnis. Obwohl die militärische Zusammenarbeit Spanien/NATO noch nicht vertraglich geregelt ist, und sich die Diskussion in den vergangenen Monaten auf die Verlegung des amerikanischen Militärpotentials bezog, ist Spaniens zukünftige Rolle als Regionalakteur in Nordafrika absehbar: Der Maghreb wird eines der wichtigsten Aufgabenfelder spanischer Sicherheitspolitik im Rahmen der Bündniszusammenarbeit sein. Auf die Überschneidung spanischer und NATO-Sicherheitsinteressen in Nordwestafrika (Maghreb) ist vielfach hingewiesen worden. Im folgenden werden einige aktuelle Entwicklungen des Verhältnisses Spaniens zu den Maghreb-Staaten kommentiert, sowie Positionen erläutert, die das innen- wie außenpolitische Spannungsverhältnis hervortreten lassen, in dem sich die neue Sicherheitspolitik der spanischen Regierung bewegt.

### 1. ENTWICKLUNGEN TUNESIEN - ALGERIEN - MAROKKO

Tunesien hat gemeinsam mit Algerien und Mauretanien 1983 einen 'Bruderschaftsvertrag' unterzeichnet, der ein Schritt zur Verwirklichung der langgehegten Hoffnung eines 'Großen Maghreb' sein soll. Dazu fehlen allerdings noch Marokko und Libyen, die ihrerseits von 1984 - 1986 eine brüchige Allianz Namens 'Vertrag von Uxda' unterhielten. (Die darin enthaltene gemeinsame Verteidigungsklausel hatte in Spanien zu der Befürchtung geführt, durch die Auseinandersetzungen mit Marokko eines Tages in kriegerische Konflikte mit Libyen verwickelt zu werden.)

Eine Annäherung zwischen Algerien und Libyen zeichnete sich im Juni/Juli 1987 ab<sup>1</sup>, von der ein Beitritt Libyens zum bestehenden Dreierpakt Algerien-Tunesien-Mauretanien erwartet wurde. Der 5. Jahrestag des Abkommens am 19. März 1988 machte allerdings deutlich, daß mit einer Teilnahme Libyens am Unionsvertrag nicht zu rechnen war<sup>2</sup>. Das Ergebnis wäre der An-

---

<sup>1</sup> El País v. 16.6./29.6./1.7.1987

<sup>2</sup> El País v. 19.3./24.3.1988

satz zu einem 'Großen Maghreb' ohne Marokko gewesen - und folglich dessen Isolierung. (Neben dem Problem der Souveränitätsfrage erwachsen die Schwierigkeiten überwiegend aus Grenzstreitigkeiten ("Kolonialgrenzen") und der Existenz von Wanderarbeitern in Libyen aus den jeweils 'befreundeten' Nachbarstaaten.)

Bei keiner der aktuellen Bündniskonstellationen ist auf absehbare Zeit mit einem durchschlagenden Erfolg in Richtung 'Großer Maghreb' zu rechnen. Aus der Sicht der spanischen Sicherheitspolitik sind jedoch alle Bündnisschritte in der Region von Bedeutung, da sich in ihnen die jeweiligen innermaghrebischen Widersprüche manifestieren.

Interessant aus dieser Perspektive ist, daß das unter neuer politischer Führung stehende Tunesien (Machtwechsel Burgiba/ Ben Ali im November 1987) die 1985 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Libyen Ende 1987 wieder erneuert hat. (Diese Tendenz wurde allerdings noch von Burgiba selbst Mitte 1987 eingeleitet.)

Spanien hat ebenfalls im Dezember 1987 - nahezu unbemerkt und unkommentiert von der Öffentlichkeit - ein militärisches Abkommen mit Tunesien unterzeichnet, das folgende Punkte beinhaltet:

- o gemeinsame Rüstungsproduktion;
- o gemeinsame Manöver;
- o Austausch von Manöverbeobachtern;
- o Austausch von Teilnehmern für Generalstabslehrgänge;
- o Informationsschutz bezüglich der getroffenen Abmachungen.<sup>3</sup>

Tunesien - so wurde berichtet - wünsche überdies eine 'Sicherheitszusammenarbeit' im Polizeibereich.<sup>4</sup> Da das Abkommen von Verteidigungsminister

---

<sup>3</sup> Diese Angaben sind dem Text einer Note des Ministerrates zu entnehmen; abgedruckt in: Ministerio de Asuntos Exteriores/Oficina de Información Diplomática (OID): Actividades, Textos y Documentos de la Política Exterior Española, Ausgabe 1987, Heft 65, S.802; vgl. auch El País v. 14.-17.12.1987. (Die Dokumentation des Außenministeriums wird im folgenden als "OID" aufgeführt)

<sup>4</sup> OID 1986 verzeichnet am 25.2.1986 ein Sicherheitsabkommen Spanien/Tunesien ohne nähere Angaben.

N. Serra und vom Leiter der Abteilung Verteidigungspolitik (Verteidigungsministerium), F. Veguillas, als 'Modell für alle Maghrebstaaten' bezeichnet wurde, gebührt ihm einige Aufmerksamkeit.

Zunächst ist dem Abkommen eine ökonomische Dimension für die spanische Rüstungsindustrie zu entnehmen, die sich somit Exportmärkte sichert. Die politische Strategie des Abkommens besteht darin, die nordafrikanischen Staaten auf diese Weise 'einzubinden', um anderen Militärunionen - wie zum Beispiel der marokkanisch-libyschen - entgegenzuwirken, von denen Spanien unter anderem Gefahr für seine nordafrikanischen Besitzungen Ceuta und Melilla ausgehen sieht. Die spanische Regierung bezeichnet diesen Ansatz, der im wesentlichen aus Waffenexport/-koproduktion und gemeinsamen Manövern besteht, als "Stabilitätspolitik", die in dieser Form bereits seit 1983 mit Marokko praktiziert wird. Carlos Alonso Zaldivar, Berater des spanischen Außenministers, formulierte es so:

"Alle diese Faktoren (geopolitische Daten; militärische Interventionsbereitschaft; Wirtschaftskooperation) erklären, daß die spanische Sicherheitspolitik im Mittelmeer - jenseits der oben genannten militärischen Vorkehrungen - sich anderen Dimensionen zuwenden muß, solchen, die eine Entmilitarisierung der Konflikte ansteuern, um die Stabilität der südlichen Mittelmeerränder zu fördern und Zusammenarbeit mit ihnen zu entwickeln. Tatsächlich geben diese Aspekte -Entspannung und Kooperation - der Regierungspolitik in dieser Region ihr charakteristisches Profil. Eine Politik, die mehr auf 'globale Stabilität im südlichen Mittelmeer' hinorientiert als auf die Schaffung eines 'militärischen Sicherheitsgürtels' zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum."<sup>5</sup>

Es stellt sich die Frage, wie man zur Entmilitarisierung von Konflikten beitragen will, wenn die angestrebte Kooperation gerade und ausdrücklich in Rüstungsgüterlieferungen, gemeinsamer Produktion von solchen und gemeinsamen Manövern besteht.

Dem schafft auch keine Abhilfe, daß Verteidigungsminister Serra mit dem tunesischen Präsidenten die Konflikte im Mittelmeerraum erörterte.<sup>6</sup> Welche Folgen erwachsen beispielsweise für eine solche militärische Zusam-

<sup>5</sup> C. Alonso Zaldivar: 'Política española de paz y seguridad', in: Política Exterior (Madrid), Vol. II - Nr. 5 (1988), S.95

<sup>6</sup> Auch die bei dieser Gelegenheit getroffene Äußerung, Spanien werde seine erste turnusmäßige EG-Ratspräsidentschaft für die 'arabische Sache' einsetzen (El País v. 15.12.1987), dürfte um einiges zu hoch angesetzt sein.

menarbeit aus der israelischen Kommandoaktion im April 1988, bei der PLO-Führer Abu Jihad auf tunesischem Territorium getötet wurde? Wenn der spanische Außenminister Fernández Ordóñez diese Aktion auch verurteilte, so ersetzt dies nicht politisch wirksame Sicherheitsmechanismen, die im Militärabkommen mit Tunesien nicht enthalten sind.<sup>7</sup>

Die Sicherheitsbeziehungen Spaniens zu Algerien stehen dagegen auf einem anderen Fundament. Waren bislang Algeriens Schutzfunktion für die Westsahara-Befreiungsbewegung POLISARIO und die spanischen Erdgaskäufe im Mittelpunkt des bilateralen Interesses, so zeichnet sich eine Wende durch die dorthin deportierten ETA-Mitglieder ab. Die damit verbundene 'Sicherheitskooperation' zwischen Spanien, Algerien und Frankreich entbehrt dabei nicht einer gewissen Besonderheit: Französische Behörden deportieren in Frankreich festgenommene und verhandlungsbereite ETA-Führer nach Algerien, mit denen die spanische Regierung dort in Verhandlungen getreten ist. Die spanische Regierung hat dafür eigens ein Abkommen mit Algerien geschlossen, worin Spanien sich - als Gegenleistung - verpflichtet, algerische Oppositionelle in Spanien in Schach zu halten.

1986/87 war eine ausgesprochene 'Reisediplomatie' des Vizepräsidenten A. Guerra und des Staatssekretärs für Sicherheitsfragen R. Vera zum südlichen Nachbarn zu verzeichnen. Bemerkenswert ist dabei der spanisch-französische Gleichklang in der Terrorismusbekämpfung, die erst funktioniert, seitdem die 'Anti-ETA' GAL (=Grupos Antiterroristas de Liberación) auf französischem Boden Attentate gegen die ETA auszuführen begann.<sup>8</sup> Während in spanischen Gefängnissen ca. 440 ETA-Mitglieder inhaftiert sind, ist die Zahl der in Nordafrika 'unter Aufsicht' befindlichen mit der ungenauen Angabe "30 - 50" genannt worden. Unter diesen "30 - 50" befinden sich allerdings jene 'historischen' Führer, mit denen die spanische Regierung in Verhandlungen zu treten versucht.

---

<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang erscheint mir die Entwicklung bedeutsam, daß die PSOE auf dem Treffen der Sozialistischen Internationale (Mai 1988) zu einer Verurteilung Israels drängte, während das Verteidigungsministerium zur selben Zeit der Zusammenarbeit eines spanischen Firmenkonsortiums mit der 'Israel Aircraft Industries' bei der Modernisierung von Mirage-III zustimmte. (Vgl. El País v. 9.-12.5.1988)

<sup>8</sup> Nach wie vor ist dabei die Frage ungeklärt, ob spanische Polizeibehörden an der Organisierung der GAL mitgewirkt haben.

Im Februar 1987 kam der damalige Ansprechpartner und ETA-Führer Domingo Iturbe ('Txomin') auf mysteriöse Weise im algerischen Zwangsexil ums Leben; ihn ersetzte die spanische Regierung durch E. Etxebeste, der dafür eigens aus seinem damaligen Deportationsland Ekuador nach Algerien geflogen worden war.

Abgesehen von der Frage nach Erfolg oder Scheitern der Verhandlungen Regierung/ETA, der hier nicht nachgegangen werden soll: Welche Probleme wirft diese Art von 'Sicherheitskooperation' zwischen Spanien und Algerien auf?

Erstens: die Praxis der Deportation selbst, die von Frankreich mit spanischem Regierungseinverständnis vorgenommen wird. Deportation ist immer Mittel und Ausdruck autoritärer Politik, in der sich eine politische Hilflosigkeit spiegelt. Die Dimension wird ersichtlich, wenn man das 'Allgemeine' daran benennt: Eine sozialistische Regierung sieht sich gezwungen, die Deportation von Gegnern ihrer Staatsauffassung zu unterstützen. Aber auch auf der Ebene des Details tauchen Probleme auf, wie zum Beispiel an den Todesumständen Iturbes: Es ist bis heute für die Öffentlichkeit unklar, ob der 'Verkehrsunfall' in der Wüste die Ursache war - wie die offizielle algerische Erklärung lautete. Selbst wenn dem so ist: Wie ist es zu erklären, daß die genaue Ursache 'nicht ermittelt' werden kann - so die Version der spanischen Regierung -, wenn mit Sicherheit drei Geheimdienste (algerischer, französischer, spanischer) die Deportierten überwachen? Das politische Mittel 'Deportation' weist zwei Charakteristika auf: Zum einen werden die Beziehungen zu Ex-Kolonien für fragwürdige Zwecke benutzt; zum anderen entledigt sich die spanische Regierung damit der Aufgabe, über Vorfälle wie beispielsweise den oben genannten Auskunft zu geben, wie dies der Fall sein würde, wenn der ETA-Führer in einem spanischen Gefängnis ums Leben gekommen wäre.

Zweitens: in die Frage der eigenen (spanischen) inneren Sicherheit wird durch die Praxis der Deportationen des innenpolitischen Feindes Nr. 1 ein nordafrikanischer Staat einbezogen, dessen Stabilität von Spanien mit Argwohn betrachtet wird. Zwei Sicherheitsebenen sind von nun an in den bilateralen Beziehungen Spanien/Algerien maßgeblich: die befürchtete politische Instabilität des Nachbarn Algerien und das 'ausgehändigte' spanische Sicherheitsproblem ETA. Die Möglichkeit einer Verkettung beider Ebenen ist naheliegend. Eine der damit verbundenen Fragen wird sein, ob

Algerien dies nutzt, um beispielsweise von Spanien positivere Akzente für die Behandlung der in Algerien beherbergten POLISARIO zu erwirken.

Die Rückwirkungen auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder sind indes schon zum Thema geworden: Die algerische Regierung hat der spanischen vorgeschlagen, ihre 'guten Dienste' in der ETA-Frage dadurch zu belohnen, daß der Preis für die Erdgaslieferungen neu verhandelt wird, und man möchte über gemeinsame Rüstungsproduktion reden. Die spanische Regierung hat dies - öffentlich - nur in der Form beantwortet, daß Algerien die gleichen Kaufmöglichkeiten von Rüstungsgütern angeboten werden wie Tunesien und Marokko (das von der PSOE-Regierung seit ihrem Amtsantritt 1982 in dieser Hinsicht bevorzugt behandelt worden war).

Die beiden 'Sicherheitspartner' Spanien und Algerien wenden die Mittel an, die sie sich gegenseitig überlassen haben: Während die algerische Regierung ihre Rolle bei den Gesprächen spanische Regierung/ETA im Unklaren beläßt (Vermittler? Gastgeber? Förderer?), demonstriert Spanien einen langsamen Kurswechsel seiner Ergaskäufe in Richtung Norwegen.

Der größte und bedeutendste Konfliktherd in Nordwestafrika ist nach wie vor der Westsahara-Krieg zwischen Marokko und POLISARIO, an dem Spanien indirekt als ehemalige Kolonialmacht beteiligt ist.

Die marokkanischen Streitkräfte und die Befreiungsbewegung POLISARIO befinden sich seit zwölf Jahren im Krieg, ohne daß eine Lösung in Sicht wäre.<sup>9</sup> Die Auseinandersetzung hält vor allem die Feindschaft zwischen Marokko und Algerien wach, deren Beziehungen ausschlaggebend für die gesamte Region sind. In der Frage des seit Jahren angekündigten Referendums in der Westsahara besteht auch nach dem Besuch einer UNO-Delegation im November/Dezember 1987 und des UN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im Mai 1988 weiterhin Uneinigkeit: Marokko weigert sich, sowohl annektierte Gebiet für die Abhaltung des Referendums zu entmilitarisieren, als auch mit POLISARIO in direkte Verhandlungen zu treten.

---

<sup>9</sup> Als Neuerscheinungen zu diesem Themenbereich sei hingewiesen auf Paula Oliver: Sahara - Drama de una descolonización (1960-1987). Palma de Mallorca 1987, eine zusammenfassende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der POLISARIO; aus marokkokritischer Sicht vergl. Moumen Diouri: La Realidad de Marruecos, Madrid 1988.

Marokko erhält dabei Unterstützung von den USA in Form von Militärhilfe und gemeinsamen Manöver-Übungen. Nachdem König Hassan v. Marokko 1984 mit Libyen paktiert hatte, wuchs die Besorgnis und Irritation hinsichtlich der Verlässlichkeit des Landes für die USA, die dort Fernmeldeeinrichtungen für eventuelle RDF-Einsätze unterhalten. Die Spekulationen über die weiteren Beziehungen USA/Marokko schließen auch einen Notlandeplatz für Raumfähren ein.<sup>10</sup> Wenige Wochen nach dem Bruch Hassans mit Ghadafi 1986 reiste der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger nach Marokko und verhandelte über weitere Unterstützung; die wichtigste Forderung Marokkos richtet sich auf die Lieferung von F-16-Flugzeugen.

Der neue US-Verteidigungsminister Carlucci erörterte dieselbe Thematik und die anstehende Verlängerung des Abkommens von 1982<sup>11</sup> im April 1988. Marokko argumentierte bei der Forderung nach F-16-Lieferungen bezeichnenderweise mit der spanischen und algerischen Luftüberlegenheit,<sup>12</sup> die 1:5 beträgt.<sup>13</sup>

POLISARIO wird von Algerien unterstützt, auf dessen Territorium sich auch die saharischen Flüchtlinge befinden. Libyen ist von seiner anfänglichen Unterstützung abgewichen. Große Hoffnungen hatte POLISARIO 1982 in den spanischen Regierungswechsel gesetzt, die allerdings herb enttäuscht wurden, als die PSOE-Regierung begann, Marokko eindeutig den Vorzug zu geben. Nach dem Beschuß spanischer Fischerboote vor der westafrikanischen Küste durch POLISARIO (1985) brach die PSOE-Regierung die lästig gewordenen Beziehungen zur POLISARIO vollständig ab. Erst im Dezember 1987 konnte Abdelassis, Generalsekretär der Befreiungsbewegung und Präsident der (geforderten) 'Arabischen Demokratischen Republik Sahara' (ADRS), erklären, es bestünden wieder Kontakte zur PSOE.<sup>14</sup>

Die spanische Regierung hat den zweijährigen Abbruch der Beziehungen allem Anschein nach genutzt, um die Erwartungen der POLISARIO an die neue

---

<sup>10</sup> El País v. 4.4.1988

<sup>11</sup> Vgl. hierzu C. Wright: Journey to Marrakesh - US-Moroccan Security Relations, in: International Security, Spring 1983

<sup>12</sup> Das naheliegendere Motiv ist allerdings im militärischen Patt zwischen den marokkanischen Streitkräften und POLISARIO zu sehen. Vgl. hierzu A.H. Cordesman: The Military Forces in the Maghrib, in: RUSI and Brassey's Defence Yearbook, London 1986

<sup>13</sup> Siehe Military Balance 1985/86, IISS, London

<sup>14</sup> El País v. 10./23./27.12.1987

PSOE-Regierung zu stützen und eine Herabstufung der Beziehungen vorzunehmen. Die erneuerten Fäden werden nur noch auf Parteebene geknüpft, um der PSOE-Regierung freie Hand gegenüber Marokko zu lassen. Die These, daß der Westsahara-Konflikt die spanischen Sicherheitsinteressen betreffen kann,<sup>15</sup> ist m.E. zu vage; falls die spanische Regierung keine Position einnimmt, die sowohl die marokkanischen wie auch die algerischen (bzw. die sahaurischen) Interessen berücksichtigt, ist mit Druck von einer der Seiten zu rechnen. Algerien kann dazu die erwähnten handels- und sicherheitspolitischen Beziehungen ins Feld führen, während Marokko die Fische-reiffrage und den Status der nordafrikanischen Besitzungen Ceuta und Melilla mit Regelmäßigkeit zum Thema macht. Die spanischen Kooperationsangebote an Algerien und Marokko sind nur vor dem Hintergrund der Interessengebundenheit der spanischen Politik an die beiden Hauptkontrahenten des ungelösten Westsahara-Konfliktes zu verstehen. Die außen- wie die innenpolitische Entwicklung dieser Länder ist von außerordentlicher Wichtigkeit für Spanien.

Ceuta und Melilla sind die konfliktträchtigsten Nahtstellen im spanisch-marokkanischen Verhältnis; im Februar 1987 war es in beiden Städten zu heftigen, zum Teil rassistischen Auseinandersetzungen mit der moslemischen Bevölkerungsminderheit gekommen, nachdem die Regierung angekündigt hatte, sie werde auf diese das 1985 erlassene Ausländergesetz anwenden. Presseberichten zufolge haben sich die Spannungen gelegt und 'gemäßigtere' Züge angenommen.<sup>16</sup> Die spanische Administration hat zwar erst die Hälfte der moslemischen Staatsbürgerschaftsanträge mit der Ausstellung eines Personalausweises geregelt, aber offensichtlich haben die Sprecher dieser Bevölkerungsminderheit bereits den pro-marokkanischen Kurs von 1987 verlassen, nachdem einige ihrer Wortführer wegen 'Aufruhrs' zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Einen nicht geringen Anteil an den jetzigen Integrations- statt Separationsforderungen hatte das Absetzen des Moslemführers Dudú an den Hof Hassans, was ihm harte Kritik eintrug.

In dieser Situation erscheint die Konzession der spanischen Behörden sinnvoll, zweisprachige Schulen (arabisch-spanisch; mit Koranlehre) ein-

---

<sup>15</sup> Zaldivar, ebd.:97

<sup>16</sup> El País v. 26.1./24.4./26.4.1988

lismus-Anschuldigungen an historischer und aktueller Realität mangelt".<sup>19</sup> Diese Position verteidigt den momentanen Status, womit ihre Funktion auch schon eingegrenzt ist: keine Vorwegnahme späterer Verhandlungsergebnisse und keine Beunruhigung der Militärs, für die Ceuta und Melilla symbolischen Stellenwert haben. (Die zweite - sicherheitspolitisch orientierte - Regierungsposition wird am Schluß dieses Abschnitts behandelt)

Einen breiten Raum nehmen die Theorien der 'Afrikanisten' ein, die - von geopolitischen Ansätzen ausgehend - die Besitzungen um jeden Preis erhalten wollen. Eine beispielhafte Konzeption des Verhältnisses Spanien/Nordafrika in dieser Hinsicht liefert J.F. Salafrañca Ortega.<sup>20</sup>

Seiner Auffassung nach besteht Spanien aus dem peninsularen Teil und "Transfretana", dem alten Mauretania (d.h. ganz Nordwestafrika). Die Grenzen dieses "Zwei-Spanien" sind die Pyrenäen und das Atlas-Gebirge. "Unglücklicherweise" habe sich das "Transfretana-Spanien" heute auf die Städte Ceuta und Melilla reduziert, die Salafrañca allerdings noch als Vorposten der westlichen Zivilisation im Maghreb betrachtet:

"Melilla und Ceuta mögen viele Jahrhunderte lang Ausstrahlungszentren der spanischen Kultur sein, und ihr Licht möge den Maghreb erhellen, und wenn möglich ganz Afrika..."<sup>21</sup>

Zwar könne die Rückeroberung des ganzen Nordwestafrika - also Marokko, Algerien, Mauretania - nicht mehr das Ziel spanischer Politik sein, wohl aber die Erhaltung der Besitzungen. Der Autor formuliert dies in den Termini "historische Mission" und "historische Bestimmung" gegenüber dem Erzgegner der Christenheit, dem Islam. Dem Kolonialismus-Vorwurf begegnet Salafrañca mit dem Hinweis auf die vielen spanisch-marokkanischen Verträge über den Status dieser Territorien und der "geopolitischen" Begrenzung Spaniens durch den Atlas (anstelle der "natürlichen" Grenze der Straße von Gibraltar). Marokkos Politik ist - Salafrañca zufolge - als "imperialismo reivindicativo" (= 'Forderungsimperialismus') zu verstehen, mit der 'der König (Hassan II.) fordert, was nicht des Königs ist' - Ceuta und Melilla. Für Spanien bedeute diese Situation, einen gefährli-

<sup>19</sup> Zaldivar, ebd., S.71 f.;96

<sup>20</sup> J.F. Salafrañca Ortega: "Melilla y Ceuta en la encrucijada de Gibraltar", Malaga 1983. Salafrañca gibt aus seiner Sicht einen lesenswerten und detailreichen Überblick.

<sup>21</sup> Ebd., S.197

chen Nachbarn zu haben, der ein "ständiger Brennpunkt kriegerischer Spannungen" <sup>22</sup> ist, und dessen Bestrebungen es mit Hilfe von Verbündeten einzudämmen gelte.

Salafrancas Entwurf für eine Politik gegenüber Marokko ist ausschließlich aus dem Blickwinkel der Vergangenheit geschrieben, die als Tatsache niemand ernsthaft bestreitet. Anstelle der ausgedehnten Raisonsnements über gebrochene Verträge und historische 'Bestimmungen' würde aus aktueller Sicht eine Reflexion angebracht sein, weshalb die Verträge immer wieder gebrochen und erneuert werden mußten - das Auf und Ab scheint auf längere Sicht das Wesentliche zu sein. Ein Ansatz hierzu liegt m.E. in gemeinsamen Wirtschaftsinteressen (Handel), die trotz Vertragsbruchs immer wieder zur Erneuerung bewogen haben. Handelsabmachungen waren immer ausdrücklicher und wichtiger Bestandteil der Besitzverträge, so daß sich die Sicherheitsfrage nie allein in militärischen Termini stellte, sondern immer eine starke ökonomische Komponente gegeben war, die beide Seiten interessierte.<sup>23</sup> Diese enge Verknüpfung von Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen ist gerade für die vergangenen zehn Jahre von Bedeutung und kann als Grundlage für sicherheitspolitische Abkommen genutzt werden.

Salafrancas Position ist das erklärte andere Ende des Spektrums von Positionen, wie sie die PCE vertritt; ihre Akzeptanz wird besonders groß bei den spanischen Bewohnern Ceutas und Melillas sein, aber auch innerhalb der Streitkräfte, die nach dem Machtverlust durch die Militärreform (Kompetenzeinschränkungen) besonders für solche nationalistischen Thesen ansprechbar sind.

Mit weniger kämpferischen Akzenten als in diesem globalen Ansatz, der aus Geschichte und Geographie eine verfallene und frustrierte Machtvision zusammensetzt, versuchen strategisch-funktionalistische Auffassungen, die spanische Präsenz in Nordafrika zu definieren. In der jüngst erschienenen Publikation "Estrategia para la defensa" setzt sich aus militärischer Sicht der Leiter des 'Instituto Español de Estudios Estratégicos' (IEEE), Miguel Alonso Baquer, u. a. mit dem Thema Nordafrika auseinander.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Ebd., S.195

<sup>23</sup> Der Autor gibt selbst wiederholt Hinweise auf die Wirtschaftsvereinbarungen, ohne dem allerdings in der Bewertung Gewicht beizumessen, vgl. S. 147 ff., 153 ff. und 173 ff.

<sup>24</sup> Madrid 1988; der Autor ist Infanterie-Brigadegeneral.

Alonso Baquer distanziert sich vom geopolitischen Denken: 'Strategie' resultiere nicht aus der Objektivität geographischer Positionen<sup>25</sup>, sondern aus der Kenntnis der Absichten der 'großen Akteure'<sup>26</sup>; die Geopolitik hingegen biete nicht mehr als Möglichkeitshypothesen ("posibilismo") und Determinismus.<sup>27</sup>

Die Verwendung der geographischen Positionen als Anhaltspunkte, wie Alonso Baquer es vorschlägt, muß allerdings auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß es seit einigen Jahren den Militärs in Spanien untersagt ist, sich öffentlich zu (verteidigungs-) politischen Themen zu äußern.

Die mit Abstand wichtigste militärische Operationszone ist - "aus rein geographischen Betrachtungen"<sup>28</sup> - die Straße von Gibraltar, dazu die einzige, die international von Interesse sei. Nachfolgend sieht Alonso Baquer Spaniens territoriale Sicherheit in erster Linie durch eine Süd-Verteidigung gewährleistet.<sup>29</sup> Das Sicherheitsinteresse Spaniens wie auch der NATO basiere hauptsächlich auf dem Bedürfnis nach Stabilität in Nordafrika<sup>30</sup>, woraus für Spanien eine große militärische "Verantwortung" im Gibraltar-Bereich erwachse. Wenn diese auch (noch) nicht im gewünschten Maße realisiert werden kann (wegen des britischen Kommandos über Gibraltar), umschreibt Alonso Baquer den Kern der spanischen NATO-Rolle zutreffend, Garant einer Zone ständiger Instabilität zu sein, die zum Teil Folge spanischer Politik war und ist. Alonso Baquer sieht darin die Grundlage für eine "operative Autonomie" gegeben<sup>31</sup>, mit der militärische Macht nach Nordafrika "projiziert" werden soll.

In dieser Begrifflichkeit spiegelt sich der Wunsch, eine positive Terminologie für die Unterordnung der spanischen Streitkräfte unter die Befehlsautorität der NATO zu finden.

---

<sup>25</sup> Ebd., S.91; 171

<sup>26</sup> Ebd., S.101

<sup>27</sup> Ebd., S.137

<sup>28</sup> Ebd., S.92

<sup>29</sup> Ebd., S.96

<sup>30</sup> Ebd., S.98

<sup>31</sup> Ebd., S.99

Für das Ceuta- und Melilla-Problem macht Alonso Baquer in letzter Instanz die Großmächte verantwortlich, wobei er folgenden Gedankengang anwendet: Sofern Enklaven - wie Ceuta und Melilla - im Dienste der kollektiven Sicherheit gesehen werden, repräsentieren sie ein 'gemeinsames Interesse' und ihr Status bleibt unangetastet (z.B. Gibraltar). Sei diese Funktion nicht mehr gegeben - wie im Fall Ceuta und Melilla -, fänden die Entkolonialisierungsforderungen junger Nationalstaaten Gehör - unberechtigterweise. Und von beidem, den Basen und der Nationalstaatenbildung, profitierten die Großmächte.<sup>32</sup>

Alonso Baquer hingegen möchte Ceuta und Melilla als "enclaves de relación" - was etwa mit 'Beziehungs-' oder 'Nachbarschaftsenklaven' zu übersetzen ist - verstanden wissen, die ihrer marokkanischen Umgebung "Frieden und Harmonie"<sup>33</sup> geben.

Alonso Baquers Argumentation ist zu widersprüchlich: Ceuta und Melilla seien einerseits nicht gegen Marokko gerichtet, sondern nur zum rückwärtigen Schutz der Straße von Gibraltar gedacht<sup>34</sup>, andererseits seien sie doch nicht so wichtig wie Rota und Gibraltar und dienten nur dem Schutz der dortigen Bevölkerung.<sup>35</sup> Letztlich will Alonso Baquer die Städte nicht einmal mehr unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten thematisiert wissen.<sup>36</sup>

Die Ausführungen Alonso Baquers sind weniger interessant durch die Widersprüche im Detail als vielmehr dadurch, daß ein Militär in leitender Forschungsfunktion für eine Politik plädiert, die von Sicherheit ausdrücklich nichts wissen will. Seine These lautet: Die Berechtigung der spanischen Präsenz in Nordafrika könne nicht dadurch in Zweifel gezogen werden, ob Spanien damit Sicherheit gewinne oder verwundbarer werde.<sup>37</sup> Mit anderen Worten: Eine 'Hongkong-Lösung' ist unerwünscht, mehr noch, es wird keine Notwendigkeit für die Anwendung sicherheitspolitischer Krite-

---

<sup>32</sup> Der Autor bewegt sich auch an anderen Stellen in ähnlicher 'Verratslogik', vgl. S.199 ff.

<sup>33</sup> Ebd., S.156

<sup>34</sup> Ebd., S.147

<sup>35</sup> Ebd., S.148, 156

<sup>36</sup> A.a.O.

<sup>37</sup> A.a.O.

spanische Souveränität und Nationalität in Ceuta und Melilla ist dabei nur ein Moment - die Sicherheit wird Verhandlungsgegenstand.

Die Rückwirkung dieses erweiterten Sicherheitskonzeptes, das die Doktrin der 'Defensa Nacional' über Bord wirft, ist eine Rollenreuebestimmung für das Militär, welches a) nicht mehr als alleiniger Garant von Sicherheit fungiert, und das b) folglich nicht die Kriterien dieser Sicherheit formuliert.

### 3. SPANISCHE NATO-MITGLIEDSCHAFT UND SICHERHEITSPOLITIK IN NORDAFRIKA: STABILITÄT UND 'OUT OF AREA'

Als die PSOE-Regierung 1982 an die Macht kam, hatte sie einen Großteil ihres Erfolges ihrer NATO-gegnerischen Position zuschreiben können. Die amerikanischen Stützpunkte im Lande hatten für eine Sensibilität der Öffentlichkeit im Bereich Außenpolitik / militärische Bündnispolitik gesorgt. Der erste Außenminister der PSOE-Regierung, Fernando Morán, faßte 1983 diese Haltung folgendermaßen zusammen:

"Wir werden nicht der militärischen Organisation (der NATO) beitreten, solange dies nicht durch ein klares Referendum entschieden ist. Wir wenden uns gegen Aktionen von spanischem Territorium aus, d.h. Aktionen außerhalb des Bündnisses, denn es gibt eine Tendenz zur Elastizität im Bündnis, die weder unserem derzeitigen Teilnahmemodus entspricht, noch den spanischen Interessen."<sup>40</sup>

Seither haben sich sowohl der Status Spaniens in der NATO geändert als offensichtlich auch die Interessen - was das Ende von Moráns Politik der 'guten Absichten' bedeutete.

Das Novum hinsichtlich Nordafrika ist dabei nicht die Ausrichtung einer Politik nach Süden, sondern deren Form; Spanien hat seine Maghreb-Politik nicht für die NATO entwickelt, wohl aber Kriterien dafür von der NATO akzeptiert. Die ersten Schritte dazu stammen noch aus dem Politikansatz der PSOE selbst: man beabsichtigte, die 'Gleichgewichtspolitik' der Vorgängerregierung UCD abzulösen, die wechselweise Akzente auf jeweils eines

---

- La Seguridad Europea desde 1945", in: Revista de Occidente Nr. 57, Madrid 1985

<sup>40</sup> Außenminister Morán vor dem Parlament am 25.10.1983, abgedruckt in OID 1983, S. 519

der beiden Machtzentren im Maghreb (Marokko/ Algerien) gesetzt hatte, und stattdessen eine 'Globalpolitik' zu betreiben, die ihre Grundlage in folgendem sieht:

"Den Maghreb als ein Ganzes zu betrachten, es geht darum, die Vereinheitlichung der (nordafrikanischen) Küstenländer zu erreichen, um Stabilität in dieser Zone herzustellen."<sup>41</sup>

Diesen Wechsel von "equilibrio" zu "conjunto", wie er genannt wird, faßte Moráns Nachfolger im Amt, Francisco Fernández Ordóñez, in die knappe Formel:

"Die Regierung hält es für angebracht, eine Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik mit Marokko, Algerien und Tunesien zu entwickeln."<sup>42</sup>

Diese Ankündigung - ohne weitere Erklärungen - und die im folgenden zusammengetragenen Aussagen von Personen aus der Nähe der Regierung bzw. der Exekutive selbst ergeben einen Umriß der gewandelten außensicherheitspolitischen Interessen und Ambitionen Spaniens gegenüber Nordafrika.

Als Indiz für diesen Interessenwechsel können auch Situationen gelten wie z.B. die gemeinsame Pressekonferenz Lord Carringtons und Ministerpräsident F. Gonzalez, auf der der NATO-Generalsekretär die 'out of area'-Problematik in Verbindung mit Nordafrika erläuterte, ohne gegensätzliche oder abgrenzende Bemerkungen des spanischen Ministerpräsidenten.<sup>43</sup>

Der spanische sicherheitspolitische Ansatz kann etwa in der Form umschrieben werden:

- die nordafrikanischen Staaten werden als Sicherheitsrisiko betrachtet<sup>44</sup>;

<sup>41</sup> Regierungsvorlage zur sicherheitspolitischen Debatte 1983, abgedruckt in OID 1983, S.827

<sup>42</sup> F. Fernández Ordóñez vor dem außenpolitischen Ausschuß des Parlaments am 14.10.1986, abgedruckt in OID 1986, S.227

<sup>43</sup> Vgl. OID 1986, S.95. Ausdruck dieser Linie ist m.E. auch der unkritische und beschönigende Artikel "Western Outpost - Morocco under King Hassan" vom spanischen Botschafter in Marokko, A. de la Serna, in dem der Westsahara-Konflikt nicht einmal genannt wird, in: NATO's Sixteen Nations, Dec. 1986 - Jan. 1987

<sup>44</sup> Einen Überblick der ausführlichen Diskussion in dieser Hinsicht geben Instituto de Cuestiones Internacionales (Ed.): Estrategia del Mediterraneo Occidental y del Magreb, Madrid 1983, und Sociedad de Estudios

- Spanien übernimmt als Bündnismitglied die Aufgabe, im Rahmen der NATO-Zielsetzung 'Stabilität in Nordafrika' aktiv zu werden - wobei eigene Motive der spanischen Sicherheit eine wichtige Rolle für Legitimierung und Inhalt dieser Politik spielen (Nachbarstaaten; Fischereikrisen mit Marokko; Westsahara-Politik; wirtschaftliche Kooperation; Waffenlieferungen usw.);
- der spanische Lösungsansatz lautet, mit den als Sicherheitsrisiko betrachteten Staaten eine Kooperation auf politischer, militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene einzugehen.

Spanien ist damit neben Frankreich ein weiterer bedeutender Akteur, der als NATO- und EG-Mitglied in das Geschehen Nordafrikas nach sicherheitspolitischen Kriterien eingreift. Es stellt sich die Frage, ob hierfür der Terminus 'Sicherheitspartnerschaft' angewendet werden kann, oder ob sich das spanische Vorgehen etwa nur auf das reduziert, was 'auswärtige Militärpolitik' genannt worden ist.<sup>45</sup>

Da die Regierung Spaniens sich (noch) an die NATO-Referendumsbedingung gebunden sieht, offiziell nicht der integrierten Militärstruktur anzugehören, wird jegliche militärische Zusammenarbeit zwischen Spanien und der NATO über Kooperationsabkommen geregelt, deren Rahmenthemen Verteidigungsminister N. Serra am 20.10.1987 bekanntgab:<sup>46</sup>

- 1) Verteidigung des nationalen Territoriums;
- 2) Verteidigung und Kontrolle des Luftraumes;
- 3) Kontrolle der Straße von Gibraltar und ihrer Zugänge;
- 4) Luft- und Seeoperationen im Ostatlantik;
- 5) Luft- und Seeoperationen im westlichen Mittelmeer;
- 6) Benutzung des spanischen Territoriums als logistische Unterstützungszone.

---

Internacionales (Ed.): Jornadas Informativas sobre temas internacionales 1985, Madrid 1986

<sup>45</sup> Z.B. von H. End: Die auswärtige Militärpolitik Spaniens, Europa-Archiv, Folge 20/1970

<sup>46</sup> El País v. 21.10.1987

Das erste, 1988 zur Unterzeichnung vorgesehene Abkommen wird Punkt 2 sein<sup>47</sup>. Die Zusammenarbeit wird nach einem technischen Modus ablaufen, der 'operational command' und 'operational control' voneinander unterscheidet: Spanien wird 'operational command' für definierte Aufgaben übertragen, muß sich jedoch dem 'operational control' der NATO unterziehen (mit der Verschleierung dieses Zusammenhanges versucht die spanische Regierung immer wieder die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß spanische Truppen nicht unter 'ausländisches Kommando' geraten).<sup>48</sup> Ebenfalls ist vorgesehen, spanische Militärmissionen in unmittelbarer Nähe von SACEUR und SACLANT einzurichten.<sup>49</sup>

Aus obiger Aufteilung der Rahmenthemen wird ersichtlich, daß sich Spaniens aktiver militärischer Beitrag operativ und geographisch vor allem nach Süden richtet (vgl. die Punkte 3; 4; 5), wodurch in erster Linie Luftwaffe und Marine gefragt sind.<sup>50</sup> Diese Ausrichtung stimmt mit den Verteidigungszielen des "Strategischen Gesamtplanes (PEC)" der spanischen Streitkräfte - soweit sie bekannt geworden sind - überein, die der 'amenaza del sur' (=Südbedrohung) Vorrang einräumen.

Besonderheit erlangt diese Südbedrohungsperzeption dadurch, daß sie die 'Bedrohung aus dem Osten' erst an zweiter Stelle sieht und damit von der NATO-Doktrin abweicht. Einige Autoren sehen hierin einen Streitpunkt Spaniens mit den übrigen NATO-Mitgliedern, die nicht von der Südbedrohung "zu überzeugen" seien.<sup>51</sup> Im Gegensatz dazu wird hier die Meinung vertre-

---

<sup>47</sup> El País v. 16.11.1987 u. 20.1.1988

<sup>48</sup> Im Grundzug zeichnete sich diese Entwicklung seit Januar 1987 ab; vgl. W. Kophamel: NATO-Mitglied Spanien - ein Jahr nach dem Referendum, in: tranvía, Nr. 5, Berlin 1987. M. Herrero R. de Miñón weist darauf hin, daß die 'operational control' 1987 von der Regierung formal akzeptiert worden ist, vgl. "Contribución de España a la seguridad europea", in: Política Exterior II/5, 1988; vgl. auch die Aussage Verteidigungsminister Serras in El País v. 19.2.1988)

<sup>49</sup> Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage; vgl. OID 1987, Nr. 64, S.685

<sup>50</sup> Der Bedeutungsverlust des Heeres wird oft als 'nationales Opfer' der Streitkräfte dargestellt, obwohl er - und zwar nicht nur als Folge - klar intendiert ist.

<sup>51</sup> "Spanien besteht aus gutem Grund darauf, daß ein Bündnis, dem es angehört, die Bedrohung seiner nationalen Sicherheit zu berücksichtigen hat; und tatsächlich ist es - im Moment zumindest - so, daß Spanien die Verbündeten nicht überzeugen konnte, es so zu akzeptieren." (F.G. Gil/J.S. Tulchin, in: Instituto de Cooperación Iberoamericana (Ed.): España y la OTAN, Madrid 1987, S.16

ten, daß von einer Übereinstimmung der spanischen Bedrohungsperzeption und der der übrigen NATO hinsichtlich des Maghreb auszugehen ist, wodurch für das Verhältnis Spanien/NATO eine regionale Kongruenz sicherheitspolitischer Interessen gegeben ist: Nordafrika ist einer der Kernpunkte für den Bündnisbeitritt, sowohl aus spanischer wie auch aus NATO-Sicht.<sup>52</sup>

Die kombinierte See-/ Luftmacht entlang der 'Achse' Kanaren-Straße von Gibraltar-Balearen soll nicht nur die Seeverteidigung im engeren Sinne (Sicherung der Seeverkehrslinien - 'SLOCs') garantieren, sondern militärische Einsatzkapazität für eventuelle Operationen im Maghreb ermöglichen. Diese Zielsetzung geht ebenso aus Stellungnahmen von Militärs wie von Politikern hervor:

Konteradmiral Salgado Alba, ehemaliger Direktor des Strategischen Instituts der Streitkräfte, definierte 1985 das westliche Mittelmeer ('MEDOC') als "unseren Sektor"<sup>53</sup>, von dem aus zur Sicherung spanischer Interessen beigetragen werden soll, in der Reihenfolge: 1. Sicherung des Seeverkehrs, 2. Eindämmung der sowjetischen Durchdringung und 3. Stabilisierung des Maghrebs.

Luis Solana, einer der führenden PSOE-Politiker und Vorreiter konservativer Ideen seiner Partei, nannte in einem Vortrag die Stabilität Nordafrikas das "prioritäre" Problem: "...zusammenarbeiten, damit Nordafrika eine Zone außerhalb der Turbulenzen sein kann, die sich in dieser Welt ereignen, muß ein fundamentales Thema sein."<sup>54</sup>

Am nachdrücklichsten und ausführlichsten seitens der Regierung hat sich Carlos Miranda, Leiter der Abteilung für äußere Sicherheit und Abrüstung im Außenministerium, zum "gemeinsamen Sicherheitsinteresse Nordafrika" geäußert:

"...die spanischen Eigenheiten im geostrategischen Bereich: Land der rückwärtigen Verteidigung, weit ab von der Hauptfront, dessen Wichtigkeit hauptsächlich in seinem Beitrag zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Verkehrswege des Bündnisses besteht, wo man

<sup>52</sup> Diesen Ansatz habe ich ausführlicher behandelt in: Der spanische NATO-Beitritt als innen- und außenpolitisches Problem, Diss. Berlin 1987, Kap. 4.2 und 6.3.4

<sup>53</sup> Sociedad de Estudios Internacionales (Ed.): Jornadas ... (vgl. oben), S.201

<sup>54</sup> Sociedad de Estudios Internacionales (Ed.): Estudios Internacionales 1986, Madrid 1986, S.60 f.

die Gibraltar-Frage ebenso hinzurechnen muß, wie die Existenz einer möglichen 'eigenen' Bedrohung, die außerhalb des Bündnisses zu lösen wäre. Genauer gesagt, die politische Instabilität Nordafrikas kann zu einer Bedrohung werden, nicht nur für Spanien, sondern auch für andere europäische Länder, insbesondere der Mittelmeerländer." (Unterstreichungen W.Kophamel)<sup>55</sup>

Als wirksames Gegenmittel wird die Zusammenarbeit auf allen Gebieten unterstrichen, "einschließlich im Bereich der Verteidigung", wobei allerdings darauf zu achten sei - Miranda zufolge -, daß Spaniens militärische Kapazität den nordafrikanischen Ländern immer "einen Schritt voraus" ist.  
56

Spanien beabsichtigt demzufolge, stellvertretend für andere europäische Staaten Sicherheitsfunktionen zu übernehmen und somit ein bedeutender Regionalakteur zu werden.

Weit entfernt von Spekulationen kann deshalb Spaniens Auftrag im Rahmen der NATO beschrieben werden, über die Mitwirkung bei der Kontrolle der angrenzenden Seegebiete hinaus nach Nordafrika sicherheitspolitisch tätig zu werden.

Dieser im NATO-Sprachgebrauch trocken als 'out of area' bezeichnete Aufgabenzuwachs wird seit einiger Zeit in Spanien thematisiert. Der Abgeordnete der Konservativen (Alianza Popular), M. Herrero R. de Miñón, hat die Diskussion mit drei Schriften eröffnet: einem Report der North Atlantic Assembly, als deren 'Rapporteur' er fungiert, und zwei Aufsätzen in der seit 1987 erscheinenden Zeitschrift 'Política Exterior'.<sup>57</sup>

Im NAA-Report konstatiert Herrero R. de Miñón den zunehmenden Druck auf die Sicherheit der NATO, der sich u.a. aus den Entwicklungen der nord-

---

<sup>55</sup> Carlos Miranda: La política de seguridad española ante los nuevos retos tecnológicos, in: Fundación de Estudios sobre la Paz y las Relaciones Internacionales (FEPRI): Impacto de las tecnologías avanzadas sobre el concepto de seguridad, Madrid 1987, S.148. Im Februar 1988 wurde ein Abkommen zwischen Spanien, Frankreich und Italien zur militärischen Kooperation im westlichen Mittelmeer angekündigt, vgl. El País v. 13.2.1988

<sup>56</sup> Miranda, ebd., S.152 f.

<sup>57</sup> North Atlantic Assembly (NAA): Final Report of the Sub-Committee on out of area security challenges to the Alliance, Brüssel 1986; "Hacia una teoría de los desafíos fuera de zona en la Alianza Atlántica", in: Política Exterior I/1, 1987; "Contribución de España a la seguridad europea", in: Política Exterior II/5, 1988

afrikanischen Staaten ergibt, mit der bekannten und oben genannten Schlußfolgerung (Gefährdung der Schifffahrtslinien, Gibraltar, usw.). Der Report spricht sich für politische und ökonomische Stabilisierungsansätze aus, sowie für Fall-zu-Fall-Behandlungen, d.h. einer Berücksichtigung endogener Faktoren in Regionalkonflikten. Entwicklungen in Nordafrika könnten 'ernste Bedrohungen'<sup>58</sup> für die NATO darstellen. Spanien zahle bereits einen hohen (Exportverzicht-)Preis für die 'präferenzielle' Behandlung der Maghreb-Staaten durch die EG. Der Report gelangt zu dem Vorschlag, daß jeweils "einige Verbündete sich die gemeinsame Aufgabe teilen und die Mittel bereitstellen mögen, um zu handeln..." (Unterstreichungen W.Kophamel).<sup>59</sup> Dies folge der Linie "gemeinsame Anstrengungen einiger Verbündeter in besonderen Situationen".<sup>60</sup>

In den beiden Aufsätzen präzisiert Herrero R. de Miñón die Rolle Spaniens. In "Hacia una teoría..." kritisiert Herrero die Inkonsequenz der Europäer, innerhalb des NATO-Bereiches die Sicherheit militärisch garantiert sehen zu wollen, außerhalb jedoch von militärischen Lösungen Abstand zu nehmen - "Entsolidarisierung" hinsichtlich der USA.<sup>61</sup> Der Autor schlägt stattdessen eine Neukonzeptualisierung der gemeinsamen Sicherheit vor, die militärische Handlungen außerhalb des Vertragsgebietes einbezieht. (Beispiel für eine solche Bedrohung seien Islam-fundamentalistische Tendenzen in Ceuta, die die freie Benutzung der Straße von Gibraltar beeinträchtigen könnten.)

In "Contribución de España..." plädiert Herrero für einen umfangreichen und dezidierten Beitrag Spaniens zu einer 'out-of-area-capability':

- Spanien als das am stärksten erdölabhängige Land in Westeuropa müsse an der Sicherung dieser Rohstoffbasis teilnehmen;
- wichtige politische und militärische Funktionen sollten in diesem Zusammenhang übernommen werden: politisch, die strikte Befürwortung von 'out-of-area'-Aktionen und eine großzügige Gewährung logistischer Unterstützung von amerikanischen Aktionen via spanisches Territorium; militärisch, Einsatz einer eigenen 'Schnellen Eingreif-

---

<sup>58</sup> NAA-Report, S.29

<sup>59</sup> Ebd., S.37

<sup>60</sup> A.a.O.

<sup>61</sup> "Hacia una teoría ...", S.85 f.

truppe', eventuell im Verbund mit französischen und italienischen Einheiten, sowie die Ersetzung von verlegten US-Marine-Einheiten.<sup>62</sup>

Herrero de Miñóns Ausführungen sind Vorschläge und keine Aussagen über praktizierte Regierungspolitik, aber sie kommen von 'kompetenter' Seite und geben Einblick in den Stand der NATO-internen Diskussion, dem sich die Regierung nicht entziehen kann.

#### 4. AUSBLICK

Spanien scheint durch einige Faktoren für 'out-of-area'-Aufgaben prädestiniert zu sein:

- der militärische NATO-Beitrag des Landes in einem Ost-West-Konflikt wäre relativ gering;
- die Bedrohungsperzeption des 'Strategischen Gesamtplanes' -und folglich der Streitkräfte - befaßt sich stärker mit eventuellen Instabilitäten in Nordafrika als mit der bündnispolitisch orientierten Denkweise der übrigen NATO-Mitglieder;
- innenpolitisch fände ein militärischer Einsatz in Nordafrika mehr Rückhalt als in irgendeiner anderen Region, da er auf der Grundlage der unmittelbaren nationalen Bedrohung 'einsichtiger' wäre - in erster Linie wegen der nordafrikanischen Besitzungen und der Kanaren;
- weiterhin ist ein politischer Wille für die Übernahme einer solchen Aufgabe erkennbar, der sich aus einer 'Profilsuche' Spaniens innerhalb der NATO herleitet als auch dadurch motiviert ist, neue Aufgaben für die Streitkräfte - besonders das Heer - zu definieren, die durch die Modernisierung einem starken Wandel unterzogen worden sind;
- die genannten Faktoren favorisieren eine Entfaltung des spanischen Militärpotentials im regionalen Interessensbereich;
- bestätigende Anzeichen für die Implementierung und Operationalisierung einer solchen Rolle finden sich in der derzeitigen Zusammen-

---

<sup>62</sup> "Contribución de España ...", S.63 ff.

stellung einer 'Schnellen Eingreiftruppe', die seit 1985 im Gespräch ist.<sup>63</sup>

Nachschrift:

Bei Abschluß des Artikels (Ende Mai 1988) zeichnen sich zwei neue 'Versöhnungen' ab: Marokko/Algerien, die nach zwölf Jahren Unterbrechung wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen wollen, und Libyen/Tschad; Auswirkungen und Festigkeit dieser Beziehungen können zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht beurteilt werden.

---

<sup>63</sup> El País v. 23.3.1988